

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Art der baulichen Nutzung - Nutzungsausschlüsse

9 (1) Nr. 1 BauGB, § 1 (5) und (6) sowie §§ 4 und 6 BauNVO) Die Nutzungen nach § 6 (2) Nr. 6 (Gartenbaubetriebe) und Nr. 8 (Vergnügungsstätten) sind im Änderungsbereich nicht zulässig; Vergnügungsstätten sind nach § 6 (3) BauNVO auch ausnahmsweise

(2) <u>Höhe baulicher Anlagen (</u>§ 9 (1) Nr. 1 BauGB, § 18 BauNVO)

a) Höhe des fertigen Erdgeschossfußbodens Die Oberkante des fertigen Erdgeschossfußbodens darf nicht höher als 0,3 m über der Oberkante Mitte fertiger erschließender Straße in Höhe des Schnittpunktes der Mittellinie der erschließenden öffentlichen Verkehrsfläche mit der verlängerten, senkrecht zur öffentlichen Verkehrsfläche verlaufenden Mittellinie des betreffenden Baugrundstücks (Grundstücksachse) liegen. b) Firsthöhe

Die maximale Gebäudehöhe (Firsthöhe), gemessen von der Oberkante des fertigen

Erdgeschossfußbodens bis zum höchsten Punkt der Dachhaut, darf 9,5 m nicht überschreiten.

(1) Zahl der zulässigen Wohnungen (§ 9 (1) Nr. 6 BauGB) In der Planzeichnung ist festgesetzt, wie viele Wohnungen/ Wohneinheiten maximal pro Einzelhaus

(2) Nicht überbaubare Grundstücksflächen § 23 (5) BauNVO)

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Garagen/ Carports, Stellplätze und Nebenanlagen (Fahrstuhlanlagen, Treppenhäuser, Nebengebäude für Müll, Fahrräder u.ä.) zulässig.

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

a) Die Hauptbaukörper sind mit geneigten Dächern (Dachneigung mind. 25°) zu erstellen. Zulässig sind nur Satteldächer, Walm- und Krüppelwalmdächer. Untergeordnete bauliche Anlagen (Fahrstuhlanlagen, Treppenhäuser u.ä.) sind auch in Flachdachbauweise zulässig.

b) Garagen und Nebenanlagen sind mit einer Fläche bis 30 m² mit Flachdach zulässig.

a) Werbeanlagen mit wechselndem oder bewegtem Licht, Lichtwerbungen in Signalfarben sowie fluoreszierende Werbeanlagen sind nicht zulässig.

b) Werbeanlagen mit Beleuchtung dürfen nur in der Erdgeschosszone und im Brüstungsfeld über dem Erdgeschoss angebracht werden.

c) Werbe-Spannbänder und Werbefahnen sind nicht zulässig. Ausgenommen hiervon ist zeitlich beschränkte Werbung im Rahmen örtlicher Großveranstaltungen.

HINWEISE

Einwirkende Immissionen

Südlich des Plangebietes verläuft die Osnabrücker Straße/ Landesstraße 78. Von dieser Verkehrsfläche gehen Emissionen aus. Für die in Kenntnis dieser Verkehrsanlage errichteten baulichen Anlagen können gegenüber dem Baulastträger keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich weitergehenden Immissionsschutzes geltend gemacht werden.

Es ist darauf hinzuweisen, dass das Plangebiet an landwirtschaftliche Flächen angrenzt und dass Immissionen, die aus der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bewirtschaftung entstehen, als ortstypisch hinzunehmen und zu dulden sind.

2. Entwässerung

Die Einleitung von Oberflächenwasser in die vorhandenen Fließgewässer bedürfen der wasserrechtlichen Genehmigung.

Archäologische Bodenfunde

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- und frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen und Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

Artenschutz Zur Vermeidung der Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände sind folgende

selbstständig Ausweichquartiere aufzusuchen.

Vermeidungsmaßnahmen zu berücksichtigen: Zur Vermeidung der Tötung von Vogelindividuen oder ihren Entwicklungsformen darf die Baufeldräumung (Roden von Gehölzen sowie das Abschieben vegetationsbedeckten Bodens) nur außerhalb der Brutzeit erfolgen. Anhand des vorgefundenen Artenspektrums wird die Brutzeit voraussichtlich Mitte August abgeschlossen sein. Die Baufeldräumung sollte somit zwischen Ende August und Ende Februar erfolgen. Bei Arbeiten an vorhandenen Gebäuden (Abriss, Umbau, Renovierungen) sind diese unmittelbar vor den Arbeiten durch einen fachkundigen Gutachter auf potenziell vorhandene Fledermausindividuen zu überprüfen (ökologische Baubegleitung). Werden im Rahmen dieser Überprüfung Hinweise auf vorkommende Individuen gefunden, ist das weitere Vorgehen mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Vorzugsweise finden Arbeiten am Gebäude im Oktober bis Anfang November statt. Dann ist

die Wochenstubenzeit abgeschlossen und die Tiere sind vor der Winterruhe noch ausreichend mobil,

Planzeichenerklärung

Gemäß Planzeichenverordnung 1990 vom 18.12.1990 (BGBI. 1991 I, S. 58) in der aktuell gültigen Fassung und der Baunutzungsverordnung vom 21.11.2017 (BGBI. I, S. 3786) in der aktuell gültigen Fassung.

I. Bestandsangaben ---- Gemarkungsgrenze Wohngebäude mit Hausnummern ----- Flurgrenze Flurstücks- bzw. Eigentumsgrenze mit Grenzmal Wirtschaftsgebäude, Garagen Flurstücksnummer Im übrigen wird auf die Planzeichenvorschrift DIN 18702 für großmaßstäbige Karten und Pläne verwiesen. II. Festsetzungen des Bebauungsplanes 1. Art der baulichen Nutzung (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, i.V.m. §§ 1 bis 11 BauNVO) Mischgebiete 2. Maß der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, i. V. m. §§ 16 bis 21a BauNVO) Zahl der Vollgeschosse (Höchstmaß) Grundflächenzahl Geschossflächenzahl 11 Wo maximale Wohnungen 3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, i. V. m. §§ 22 u. 23 BauNVO) offene Bauweise Baugrenze

15. Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (gem. § 9 Abs. 7 BauGB)

Inkrafttreten

Öffentliche Auslegung

.... dem Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung zugestimmt und die

ortsüblich bekannt gemacht.

Der Bürgermeister

Der Bürgermeister

. gemäß

Der Rat/Verwaltungsausschuss der Gemeinde Neuenkirchen-Vörden hat in seiner Sitzung

Gemäß § 4a Abs. 2 BauGB sind gleichzeitig die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen

Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Neuenkirchen-Vörden hat den Bebauungsplan nach Prüfung der

Stellungnahmen gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am ..

öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Der Entwurf des Bebauungsplans mit der Begründung hat vom

Satzung (§10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingeholt worden.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am .

§ 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Neuenkirchen-Vörden, den

Neuenkirchen-Vörden, den

Der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 73 "Wohnquartier am Mühlenhof", 1. vereinfachte Änderung ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am . gemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am rechtsverbindlich geworden.

Neuenkirchen-Vörden, den Der Bürgermeister

Verletzung von Vorschriften

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes sind Verletzungen von Verfahrens- und Formschriften gemäß § 214 Abs. 1 BauGB oder beachtliche Verletzungen unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 1 BauGB der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes oder beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges gemäß § 214 Abs. 3 BauGB nicht geltend gemacht worden. Entsprechende Verletzungen oder Mängel werden damit unbeachtlich.

Neuenkirchen-Vörden, den . Der Bürgermeister

Präambel und Ausfertigung

Aufgrund der §§ 1 Abs. 3 und 10 und 13 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBI. I S. 3634) in der aktuell gültigen Fassung, des § 84 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) vom 03.04.2012 (Nds. GVBI. S. 46) in der aktuell gültigen Fassung und der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBI. S. 576) in der aktuell gültigen Fassung, hat der Rat der Gemeinde Neuenkirchen-Vörden diesen Bebauungsplan Nr. 73 "Wohnquartier am Mühlenhof", 1. vereinfachte Änderung, bestehend aus der Planzeichnung, den textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften, als Satzung beschlossen.

Neuenkirchen-Vörden, den ... (SIEGEL) Der Bürgermeister

Aufstellungsbeschluss

Der Rat/Verwaltungsausschuss der Gemeinde Neuenkirchen-Vörden hat in seiner Sitzung am die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht worden.

Neuenkirchen-Vörden, den Der Bürgermeister

Planunterlage

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte Gemarkung Vörden, Flur 17 Maßstab: 1:500

Quelle: Auszug aus dem Geobasisdaten der Niedersächsichen

Regionaldirektion Oldenburg-Cloppenburg

Vermessungs- und Katasterverwaltung LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Az. L4 -14/2019 Stand vom Januar 2019). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der

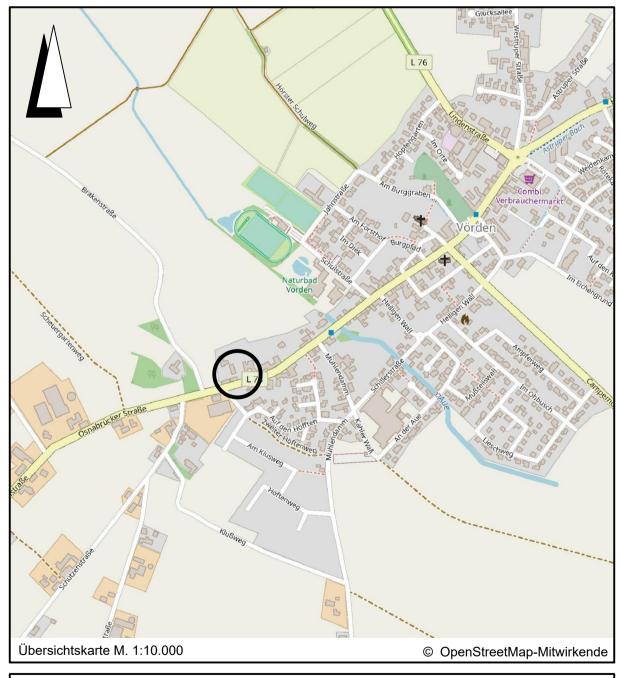
Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Vechta, den

Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Oldenburg-Cloppenburg - Katasteramt Vechta -

baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

(SIEGEL)



Lagebezug: ETRS89 UTM 32N

Entwurfsbearbeitung: INGENIEURPLANUNG GmbH & Co.KG Marie-Curie-Str.4a • 49134 Wallenhorst Tel.05407/880-0 • Fax05407/880-88		Datum	Zeicher
	bearbeitet	2021-06	Gr
	gezeichnet	2021-06	Hd
	geprüft		
Wallenhorst, 2021-06-16	freigegeben		

Plan-Nummer: $H:\NEUENK-V\221303\PLAENE\BP\bp_bplan-73-1veraen_01.dwg(BPlan)$



GEMEINDE NEUENKIRCHEN-VÖRDEN BEBAUUNGSPLAN NR. 73 "Wohnquartier am Mühlenhof"

1. vereinfachte Änderung mit örtlichen Bauvorschriften , Verfahren gemäß § 13 BauGB

Vorentwurf

Maßstab 1:500